



Protokoll Nr. 43

Sitzung von Donnerstag, 21. Oktober 1999, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Arnold Bertschy
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Annette Brunner
Peter Bühler
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Ueli Haudenschild
Stephan Hügli
Urs Jaberg

Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Kurt Mäusli
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger

Erich Ryter
Annemarie Sancar
Doris Schneider
Beat Schori
Rolf Schuler
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Michael Straub
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Ruedi Hofer
Anton Maillard

Rosmarie Okle Zimmermann
Margrit Thomet

Catherine Weber

Vertretung des Gemeinderats:

Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Einbürgerungsgesuche vom 21. September 1999	202
2.	Ersatzwahl in die Reformkommission Neue Stadtverwaltung Bern (NSB)	--
3.	Ersatzwahl in die Kommission für das Elektrizitätswerk und die Kommission für die Gas- und Wasserversorgung	218
4.	Wahlen in Schulkommissionen (Omar)	215
5.	Beschaffung einer Informatiklösung zur Berechnung von Ergänzungsleistungen und Zuschüssen; Kreditabrechnung (Okle Zimmermann/Begert)	316
6.	Ausbau der Gasanlage Kirchlindachstrasse/Allmendstrasse, Gemeinden Zollikofen und Münchenbuchsee; Kreditabrechnung (Beyeler/Neukomm)	70
7.	Ausbau der Gasanlage Zollikofen West; Kreditabrechnung (Christen/Neukomm)	57
8.	Gesamtkredit 1995/1996 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen; Kreditabrechnung (Stauffer/Guggisberg)	76
9.	Gesamtkredit 1996/1997 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen; Kreditabrechnung (Suter/Guggisberg)	175
10.	Werkjahr der Stadt Bern, Sulgenbachstrasse 18: Umbau und Sanierung; Kreditabrechnung (Stauffer/Guggisberg)	75
11.	Sanierungsarbeiten an städtischen Turnanlagen und Sportplätzen; Kreditabrechnung (Suter/Guggisberg)	35
12.	Stützpunkt Rosengarten der Stadtgärtnerei: Umbau, Sanierung; Kreditabrechnung (Okle Zimmermann/Guggisberg)	37
13.	Alters- und Pflegeheim Neuhaus: Dachsanierungen; Kreditabrechnung (Okle Zimmermann/Guggisberg)	162
14.	Kleine Schanze: Wiederherstellung der Grünanlage und des Musikpavillons; Kreditabrechnung (Okle Zimmermann/Guggisberg)	32
15.	Sanierung der Schanzenbrücke; Kreditabrechnung (Jaberg/Guggisberg)	2
16.	Sanierung der Lorrainebrücke; Kreditabrechnung (Jaberg/Guggisberg)	163
17.	Mannenriedstrasse: Beitrag der Stadt an die Kosten der BN-Unterführung; Kreditabrechnung (Straub/Guggisberg)	30
18.	Park and Ride-Anlage Guisanplatz: Projektierung; Kreditabrechnung (Jaberg/Guggisberg)	31
19.	Tangentiallinie Bümpliz-Bethlehem – Park and Ride Neufeld und Ringlinie Länggasse-Brückfeld, Projektierung; Kreditabrechnung (Hügli/Guggisberg)	41
20.	Verkehrsberuhigung im Teilquartier Oberes Kirchenfeld; Kreditabrechnung (Straub/Guggisberg)	126
21.	Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Angst vor Repression beim Personal der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB) (Neukomm)	183

22.	Kleine Anfrage Hans-Ulrich Suter (FDP): Farbgebung neue SVB-Busse (Neukomm)	160
23.	Beschaffung einer Betankungsanlage für Erdgasfahrzeuge und Erneuerung einer Wasserleitung; Kredit (Mühlheim/Neukomm)	109
24.	Sicherheitsbedingte Erneuerung und Ausbau des allgemeinen Verteilnetzes der Gasversorgung; 19. Rahmenkredit (Hügli/Neukomm)	173
25.	Kornhaus: Betrieb Stadtsaal; Nachkredit für Miete und Nebenkosten (Suter/Frösch)	87
26.	Änderung des Personalreglements der Stadt Bern (PRB) (Sigerist/Frösch)	112
27.	Leistungsvertrag mit dem Verein Xenia für die Jahre 2000 – 2002 (Beyeler/Begert)	165
28.	Postulat Peter Bühler (SD): Finanzielle Hilfe für den Behindertentreff „Domino“ (Begert)	193
29.	Interpellation Fraktion SP (Edith Olibet): Sozialplanerische Leitlinien und Strategien: Handlungsfeld INTEGRATION – Prioritäten und Umsetzungsplan (Begert)	140
30.	Interpellation Fraktion SP (Edith Olibet): Arbeit statt Fürsorge (AsF) wohin? (Begert)	121
31.	Interpellation Geschäftsprüfungskommission (Liselotte Lüscher, SP): Zur städtischen Drogenpolitik (Begert)	139
32.	Interpellation Peter Bühler (SD): Hochwasser: Asylbewerber zum Ausräumeinsatz (Begert)	157
33.	Interpellation Peter Bühler (SD): Ist die Asylbewerber-Aufnahmekapazität in der Stadt Bern am Limit? (Begert)	158
34.	Interpellation Eva von Ballmoos (parteilos): Ist ein Stadtratsbeschluss für den Gemeinderat nicht verbindlich? (Begert)	194
35.	Interpellation Stephan Hügli (FDP): Standortnachteil Bern? Einhaltung, Kontrolle und Tarife von gewerblichen und industriellen Räucheranlagen (Begert)	98
36.	Interpellation Peter Bühler (SD): Fürsorge verschleudert Steuergelder, indem sie Drogenabhängige mit privaten Taxis herumchauffiert! (Begert)	118

Traktandenliste

Für die GPK spricht *Liselotte Lüscher* (SP): Die GPK beantragt, Traktandum 31 von der Traktandenliste zu streichen, weil dieses Geschäft nicht für die erste GPK-Sitzung nach den Herbstferien traktandiert werden konnte, da die Unterlagen zu spät eingetroffen sind. Die GPK muss zu dieser Interpellation eine gemeinsame Haltung vertreten können und will deshalb die Interpellation zusammen besprechen.

Beschluss

Der Rat stimmt der Abänderung der Traktandenliste mit 59 Ja, 0 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Als neue Mitglieder begrüsst der Vorsitzende Peter Künzler (GFL) als Nachfolger von Bernhard Pulver und Rolf Schuler (SP) als Nachfolger für Elsi Meyer. Er wünscht beiden viel Erfolg und gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende liest folgende Mitteilung zum Voranschlag 2000 vor:

Drei Stadtratsmitglieder haben die Beschlüsse des Stadtrats vom 23. September 1999 zum Voranschlag für das Jahr 2000 mit einer Gemeindebeschwerde angefochten. Das Büro des Stadtrats ist am 6. Oktober 1999 zu einer Sitzung zusammengetreten und hat der Vertretung in der Beschwerdesache durch den Gemeinderat zugestimmt. Die Beschwerdeantwort wurde dem Regierungsstatthalter am 7. Oktober 1999 übergeben. Dieser hat die Beschwerde mit Entscheid vom 13. Oktober 1999 gutgeheissen und die Beschlüsse des Stadtrats vom 23. September 1999 aufgehoben. Damit kann am 28. November 1999 nicht über den Voranschlag 2000 abgestimmt werden. Der Gemeinderat hat nun gestern beschlossen, den Entscheid des Regierungsstatthalters mit einer Beschwerde beim Regierungsrat anzufechten. Gleichzeitig hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, den Voranschlag 2000 zu überarbeiten. Der Zeitplan sieht vor, dass der Stadtrat das überarbeitete Budget im März 2000 behandeln wird, so dass am 21. Mai 2000 darüber abgestimmt werden kann. Die Beschwerde, die Beschwerdeantwort des Gemeinderats sowie der Entscheid des Regierungsstatthalters können beim Vizestadtschreiber eingesehen werden.

Kurt Mäusli will eine Petition in der Angelegenheit Raoul Wüthrich einreichen. Er macht dies aus reinen Menschenrechtsgründen. Der Vorsitzende hat als erster die Petition unterzeichnet und wäre froh, wenn alle Stadträtinnen und Stadträte dies ebenfalls machen würden. Die Petition wird am Freitag, 22. Oktober 1999 um 09.00 Uhr der Amerikanischen Botschaft übergeben. Es ist wünschenswert, wenn von jeder Fraktion ein Mitglied mit Kurt Mäusli dort erscheinen könnte.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nr. 35 vom 19. August 1999, Nr. 36 vom 26. August 1999 und Nr. 37 + 38 vom 9. September 1999 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen einstimmig genehmigt.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 21. September 1999

Antrag Nr. 202

Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den nachgenannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen, das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Bern zuzusichern.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel	70
eingelangte Stimmzettel	70
davon leer oder ungültig	2
in Berechnung fallende Stimmzettel	68

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

2 Ersatzwahl in die Reformkommission Neue Stadtverwaltung Bern (NSB)

Der Rat wählt einstimmig Ueli Stückelberger (GFL) an Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Bernhard Pulver in die Reformkommission Neue Stadtverwaltung Bern (NSB).

3 Ersatzwahl in die Kommission für das Elektrizitätswerk und die Kommission für die Gas- und Wasserversorgung

Antrag Nr. 218

1. Der Stadtrat nimmt unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis vom Rücktritt von Jürg Joss (GPB) aus der Kommission für das Elektrizitätswerk und der Kommission für die Gas- und Wasserversorgung.

2. An seiner Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2000 gewählt:
Daniele Jenni (GPB), 1949, Fürsprecher, Waldmeisterstrasse 32, 3018 Bern.

4 Wahlen in Schulkommissionen

Antrag Nr. 215

1. Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Herr Georg Volz (FDP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Mirjami Gerber-Okkonen (FDP), 1945, Übersetzerin, Jupiterstrasse 57/1352, 3015 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Die Jupiterstrasse 57 gehört zum Schulkreis Manuel.

2. Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Herr Oswald Sigg (SP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Barbara Schmid (SP), 1957, Physiotherapeutin, Haspelweg 34, 3006 Bern.

3. Schulkommission Breitfeld/Wankdorf

Herr Daniel Hostettler (SD) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Marlise Caputo-von Gunten (SD), 1955, Buchhalterin, Wylerringstrasse 81, 3014 Bern.

4. Schulkommission Breitfeld/Wankdorf

Frau Gisela Berger (FDP) ist auf den 28. Juni 1999 als Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Claudia Rösli-Weyer (FDP), 1966, Kaufm. Angestellte, Waldhöhweg 33, 3013 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Der Waldhöhweg 33 gehört zum Schulkreis Spitalacker.

5. Schulkommission Kirchenfeld

Herr Heinrich Kläui (Elternsprecher) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Kirchenfeld zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Kirchenfeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Herr Hansjürg Eggimann (Elternsprecher), 1956, Bauleiter, Aegertenstrasse 57, 3005 Bern.
Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt des Elternsprechers gebunden.

6. Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht

Herr Gérard Wettstein (SP) ist auf den 30. März 1999 als Mitglied der Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Christine Gadola-Wolf (SP), 1954, Sozialarbeiterin, Nussbaumstrasse 40, 3006 Bern.

7. Schulkommission Länggasse

Herr Hermann Kündig (EVP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Länggasse zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Länggasse wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Christiane Stampfli-Rollier (EVP), 1953, Hausfrau/Mathematikerin, Gesellschaftsstrasse 15, 3012 Bern.

8. Schulkommission Laubegg

Frau Petra Wagner (GPB) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Laubegg zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Laubegg wird ab sofort für den Rest der Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Claudia Benz (GPB), 1958, Musikerin, Ostring 42, 3006 Bern.

9. Schulkommission Lorraine

Herr Fred Sommer (SP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Lorraine zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Lorraine wird ab sofort für den Rest der Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Herr Hans-Ueli Zimmermann (SP), 1947, Sozialarbeiter/Erwachsenenbildner, Altenbergstrasse 46, 3013 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Die Altenbergstrasse 46 gehört zum Schulkreis Altstadt/Schosshalde.

10. Schulkommission Manuel

Frau Susanne Wälti-Walther (Elternsprecherin) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Manuel zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Manuel wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Michèle Busato-Grogg (Elternsprecherin), 1958, Apothekerin, Ringoltingenstrasse 13, 3006 Bern.

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt der Elternsprecherin gebunden.

11. Schulkommission Rossfeld

Frau Jeannette König (FDP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Rossfeld zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Rossfeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Herr Peter Jaussi (FDP), 1956, Dipl. Arch. ETH, Engerain 34, 3004 Bern.

12. Schulkommission Schwabgut

Frau Christina Etter Siegenthaler (SP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Schwabgut zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Schwabgut wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Maria Geissberger (SP), 1951, Sozialarbeiterin/Krankenschwester, Grossackerstrasse 59, 3018 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Die Grossackerstrasse 59 gehört zum Schulkreis Stapfenacker/Brünnen.

13. Schulkommission Schwabgut

Herr Andreas Bürki (SP) ist auf den 31. Dezember 1998 als Mitglied der Schulkommission Schwabgut zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Schwabgut wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Barbara Kuoni (SP), 1961, Sozialarbeiterin HFS, Myrtenweg 9, 3018 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Der Myrtenweg 9 gehört zum Schulkreis Stapfenacker/Brünnen.

14. Schulkommission Spitalacker

Herr Martin Beutler (SP) ist auf den 31. Juli 1999 als Mitglied der Schulkommission Spitalacker zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird - verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit - Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Spitalacker wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Antoinette Hofmann Ganz (SP), 1958, Fürsprecherin, Schützenweg 37, 3014 Bern.

Beschluss

Die neuen Mitglieder der Schulkommissionen werden gewählt.

– Die Traktanden 5 – 20 werden gemeinsam behandelt. –

5 Beschaffung einer Informatiklösung zur Berechnung von Ergänzungsleistungen und Zuschüssen; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 316

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Beschaffung einer Informatiklösung zur Berechnung von Ergänzungsleistungen und Zuschüssen.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 166 vom 30. Mai 1996	Fr. 350 000.00
Effektive Kosten	Fr. 345 157.05
Kreditrest	Fr. 4 842.95

6 Ausbau der Gasanlage Kirchlindachstrasse/Allmendstrasse, Gemeinden Zollikofen und Münchenbuchsee; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 70

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Ausbau der Gasanlage Kirchlindachstrasse/Allmendstrasse, Gemeinden Zollikofen und Münchenbuchsee.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 34 vom 14. Februar 1991	Fr. 1 010 000.00
Effektive Kosten	Fr. 800 640.40
Kreditrest	Fr. 209 359.60

7 Ausbau der Gasanlage Zollikofen West; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 57

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Ausbau der Gasanlage Zollikofen West.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 70 vom 7. März 1991	Fr. 630 000.00
Effektive Kosten	Fr. 471 051.85
Kreditrest	Fr. 158 948.15

8 Gesamtkredit 1995/1996 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 76

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Gesamtkredit 1995/1996 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 23 vom 26. Januar 1995	Fr. 4 000 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 4 013 439.55
Kreditüberschreitung	Fr. 13 439.55

Der Gemeinderat hat, gestützt auf Artikel 28 Absatz 2 Ziffer 11 Buchstabe b der Gemeindeordnung, den für die teuerungsbedingten Mehrkosten erforderlichen nachkredit von Fr. 13 439.55 bewilligt.

9 Gesamtkredit 1996/1997 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 175

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Gesamtkredit 1996/1997 für Unterhalts- und Erneuerungsmassnahmen in städtischen Schul- und Sportanlagen.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 300 vom 30. November 1995	Fr. 4 000 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 3 873.446.95
Kreditrest	Fr. 126 553.05

10 Werkjahr der Stadt Bern, Sulgenbachstrasse 18: Umbau und Sanierung; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 75

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Werkjahr der Stadt Bern, Sulgenbachstrasse 18: Umbau und Sanierung.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 62 vom 20. Februar 1992	Fr. 4 880 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 4 846 554.80
Kreditrest	Fr. 33 445.20

11 Sanierungsarbeiten an städtischen Turnanlagen und Sportplätzen; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 35

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung über die Sanierungsarbeiten an städtischen Turnanlagen und Sportplätzen.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 152 vom 30. Mai 1991	Fr. 2 760 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 2 285 343.70
Kreditrest	Fr. 474 656.30

12 Stützpunkt Rosengarten der Stadtgärtnerei: Umbau, Sanierung; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 37

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Stützpunkt Rosengarten der Stadtgärtnerei: Umbau, Sanierung.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 278 vom 30. Oktober 1997	Fr. 478 500.00
Effektive Kosten	Fr. 466 167.40
Kreditrest	Fr. 12 332.60

13 Alters- und Pflegeheim Neuhaus: Dachsanierungen; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 162

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Alters- und Pflegeheim Neuhaus: Dachsanierungen.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 150 vom 2. Mai 1996	Fr. 298 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 190 748.60
Kreditrest	Fr. 107 251.40

14 Kleine Schanze: Wiederherstellung der Grünanlage und des Musikpavillons; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 32

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung für die Wiederherstellung der Grünanlage und des Musikpavillons auf der Kleinen Schanze.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 140 vom 29. April 1993	Fr. 322 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 293 663.40
Kreditrest	Fr. 28 336.60

15 Sanierung der Schanzenbrücke; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 2

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung für die Sanierung der Schanzenbrücke.

Bewilligter Kredit gemäss SRB vom 2. November 1989	Fr. 3 250 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 2 922 191.50
Kreditrest	Fr. 327 808.50

16 Sanierung der Lorrainebrücke; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 163

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung für die Sanierung der Lorrainebrücke.

Bewilligter Kredit gemäss Gemeindebeschluss vom 23. September 1990	Fr. 15 000 000.00
Effektive Baukosten	Fr. 12 087 372.90
Kreditrest	Fr. 2 912 627.10

17 Mannenriedstrasse: Beitrag der Stadt an die Kosten der BN-Unterführung; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 30

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Mannenriedstrasse: Beitrag der Stadt an die Kosten der neuen BN-Unterführung.

Bewilligter Kredit gemäss SRB Nr. 128 vom 26. Mai 1994	Fr. 520 000.00
Kostenanteil gemäss Abrechnung	Fr. 500 125.85
Kreditrest	Fr. 19 874.15

18 Park and Ride-Anlage Guisanplatz: Projektierung; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 31

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Park and Ride-Anlage Guisanplatz: Projektierung.

Bewilligter Kredit gemäss SRB vom 13. Februar 1986	Fr. 350 000.00
Kosten gemäss Abrechnung	Fr. 170.50
Kreditrest	Fr. 349 829.50

19 Tangentiallinie Bümpliz-Bethlehem – Park and Ride Neufeld und Ringlinie Länggasse-Brückfeld, Projektierung; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 41

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Tangentiallinie Bümpliz-Bethlehem–P+R Neufeld und Ringlinie Länggasse-Brückfeld.

Bewilligter Kredit gemäss SRB vom 29. Oktober 1987	Fr. 196 000.00
Kosten gemäss Abrechnung	Fr. 165 742.30
Kreditrest	Fr. 30 257.70

20 Verkehrsberuhigung im Teilquartier Oberes Kirchenfeld; Kreditabrechnung

Antrag Nr. 16

Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditabrechnung betreffend Verkehrsberuhigung im Teilquartier Oberes Kirchenfeld.

Bewilligter Kredit gemäss SRB vom 3. März 1988	Fr. 370 000.00
Kosten gemäss Abrechnung	Fr. 357 544.65
Kreditrest	Fr. 12 455.35

Für die FIKO spricht die Präsidentin *Ruth Rauch* (SP): Unsere lange Traktandenliste von heute abend hat zu einem grossen Teil damit zu tun, dass sehr viele Kreditabrechnungen traktandiert sind, nämlich deren 16 Stück. Ich nehme dies zum Anlass, ein paar Worte darüber zu sagen, weil uns die Kreditabrechnungen in der FIKO stark beschäftigen. Die Überprüfungen der Kreditabrechnungen und der Geschäfte zeigt das Dilemma auf, welches wir in der FIKO im letzten Monat aufgegriffen haben. Wir haben Geschäfte, welche zum Teil schon sehr lange abgeschlossen sind, zum Beispiel das Geschäft "Ausbau Gasanlage Kirchlin-dach-/Allmendstrasse" (abgeschlossen 1991). Diese Kreditabrechnungen haben den Aus-schlag gegeben, dass wir einen ausführlichen Brief an den Gemeinderat betreffend Handha-bung der Kreditabrechnungen geschrieben haben. Ich will die drei wichtigsten Anliegen, wel-che wir in der FIKO in Bezug auf Kreditabrechnungen haben, hier kurz erläutern, damit dies nicht nur zwischen FIKO und Gemeinderat bleibt. Die FIKO ist nicht glücklich darüber, dass es immer wieder sehr lange dauert, bis die Kreditabrechnungen bei uns vorliegen. Es kommt vor, dass es bis zu 10 Jahre dauert vom Zeitpunkt des Geschäft-Abschlusses bis zur Be-handlung in der FIKO. Die Begründung lautete, es habe mit Garantiefristen zu tun, wir sind jedoch der Meinung, das stimme nicht. Garantieleistungen sind durch gesetzliche Sonderre-gelungen geregelt, es gibt keinen wirklichen Grund, dass die Geschäfte so lange verzögert werden. Die FIKO verlangt, ich denke es ist auch ein Anliegen des Stadtrats, dass späte-stens zwei Jahre nach Abschluss eines Geschäfts die Abrechnungen in der FIKO und kurz darauf im Stadtrat zur Diskussion vorliegen. Ein anderes Anliegen unsererseits ist die Ver-einheitlichung der Kreditabrechnungen. Bei den vorliegenden Abrechnungen ist ersichtlich, dass diese zum Teil sehr unterschiedlich gemacht werden. Wir wünschen uns, dass es ver-

bindliche Abrechnungsrichtlinien geben wird, welche noch der Gewaltentrennung von Kontrollen und Abrechnung Rechnung tragen werden.

Aus Sicht der FIKO ist zu den vorliegenden 16 Kreditabrechnungen nichts weiteres zu bemerken, sie wurden in der Kommission alle einstimmig gutgeheissen. Die FIKO empfiehlt dem Rat, diesen Kreditabrechnungen ebenfalls zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt den Kreditabrechnungen mit 62 Ja, 0 Nein bei 0 Enthaltungen zu.

21 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Angst vor Repression beim Personal der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB)

Antrag Nr. 183

Im Zusammenhang mit den Fahrzeitverkürzungen und der Verurteilung eines SVB-Chauffeurs wegen fahrlässiger Tötung einer Fussgängerin in der Spitalgasse sind zahlreiche Angehörige des SVB-Personals an die Medien und an Parlamentarierinnen und Parlamentarier gelangt. "Aus Angst vor Repressionen" wollte allerdings niemand, dass sein Name publik wird. "Wir schliessen nicht aus, dass wir sonst entlassen werden", erklärte ein Chauffeur der BZ. Die Zeitung zitiert dabei auch ein internes Schreiben von SVB-Direktor Kamber an das gesamte Personal: "Der Chauffeur, der in der BZ einen Leserbrief veröffentlicht hat, nimmt bewusst in Kauf, Unruhe zu stiften".

Trotz der neuen Rechtsform der SVB, die offenbar mit zur Verschlechterung des Arbeitsklimas in diesem Betrieb geführt hat, kann der Stadt das Wohlergehen des Personals dieses wichtigen öffentlichen Dienstleistungsbetriebes nicht gleichgültig sein. Durch falsche Führungsentscheide wird nicht nur das Angebot verschlechtert, sondern verunsicherte und gestresste Chauffeure gefährden auch Gesundheit und Leben von anderen Verkehrsteilnehmern.

- Wann hat der Gemeinderat von der oben beschriebenen Verschlechterung des Arbeitsklimas bei den SVB Kenntnis erhalten?
- Was hat der Gemeinderat bisher bei den SVB unternommen, um die offensichtlich bestehenden Missstände zu beheben?
- Unterstützt der Gemeinderat das Recht auf öffentliche freie Meinungsäusserung von Angehörigen des Personals der Stadt oder von städtisch kontrollierten öffentlichen Betrieben? Kann der Gemeinderat zusichern, dass aus dem öffentlichen Hinweis auf tatsächliche oder vermeintliche Missstände keine berufliche Benachteiligung erfolgen darf?
- Ist der Gemeinderat bereit, in diesem Sinne mit aller gebotener Deutlichkeit bei der Direktion der SVB zu intervenieren?

Bern, 26. August 1999

Der Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm* beantwortet die Dringliche Interpellation im Namen des Gemeinderats wie folgt:

Der Gemeinderat hält nachdrücklich fest, dass ihm das Wohlergehen des SVB-Personals nicht gleichgültig ist, denn immerhin gehören die SVB, trotz Verselbständigung, noch immer der Stadt Bern. Der Gemeinderat übt deshalb auch die Oberaufsicht über die SVB aus: Dies ist in Artikel 14 des Anstaltsreglements der SVB ausdrücklich festgelegt. Das Anstaltsreglement wurde vom Volk in der Abstimmung vom 28. September 1997 erlassen. Der Gemeinderat kann insbesondere bei Nichterfüllung des Leistungsauftrags intervenieren. Da der Leistungsauftrag bislang erfüllt wurde, sieht der Gemeinderat vorläufig keinen Anlass, in der Frage des Arbeitsklimas tätig zu werden. Dies ist in erster Linie Sache des Verwaltungsrats SVB, der sich auch bereits an mehreren Sitzungen mit den anstehenden Problemen befasst hat. Der Gemeinderat hat sich allerdings vor den Herbstferien zu einer Aussprache mit dem Verwaltungsrat getroffen, um sich über das weitere Vorgehen informieren zu lassen.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hat vom Direktor der Stadtbetriebe und aus Pressemitteilungen erfahren, dass gewisse Spannungen bei den SVB bestehen und teilweise das Arbeitsklima auch gestört ist.

Zu Frage 2:

Wie einleitend ausgeführt, ist es in erster Linie Sache des Verwaltungsrats, sich mit den Personalangelegenheiten der SVB zu befassen. Der Verwaltungsrat, in welchem mit Frau Therese Frösch und mir zwei Gemeinderäte vertreten sind, hat beschlossen, durch eine externe Stelle eine neutrale Untersuchung durchführen zu lassen. Diese soll aufzeigen, welcher Art die Probleme sind, die zum angespannten Arbeitsklima geführt haben und wie raschmöglichst Verbesserungen herbeigeführt werden können. Erklärtes Ziel des Verwaltungsrats ist es, dies wird auch vom Gemeinderat lebhaft unterstützt, sowohl die SVB-Belegschaft wie auch die Öffentlichkeit wenn möglich noch vor Weihnachten 1999, das heisst, in der zweiten Hälfte Dezember, über die Untersuchungsergebnisse zu informieren. Die Ergebnisse wollen wir in der ersten Hälfte Dezember im Verwaltungsrat besprechen, selbstverständlich auch den Gemeinderat, die Direktion SVB und eben anschliessend die Belegschaft und in einem Mediengespräch die Öffentlichkeit darüber informieren. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch den neusten Stand mitteilen; der Verwaltungsrat hat einen Ausschuss eingesetzt, dem nebst dem Präsidenten auch die Vizepräsidentin, Frau Roder, angehört. Frau Nyffeler vom Verwaltungsrat und wir haben uns in den letzten vier Wochen intensiv mit den Vorbereitungen für die Analyse auseinandergesetzt, haben Offerten eingeholt, verschiedenste Gespräche geführt, ebenfalls noch einmal mit Gewerkschaftsvertretungen, und ich kann mitteilen, dass wir den Auftrag für die Untersuchungen erteilt haben und zwar so neutral wie überhaupt möglich. Wir haben keine Firma von Bern ausgewählt, obwohl wir uns selbstverständlich auch mit dieser Frage befasst haben. Auch in Bern gäbe es kompetente Stellen, Institute und Persönlichkeiten. Wir haben darauf geachtet, nach Möglichkeit eine kompetente Person oder Firma zu finden, welche nicht mit den Berner Verhältnissen verhängt ist. Ich bin ausserordentlich froh und glücklich, dass wir eine kompetente Firma in Binningen gefunden haben, es ist dies die Firma Roth. Es werden rund 100 Einzelgespräche in den nächsten paar Wochen durchgeführt, vertraulich, anonym, in einem neutralen Gebäude, also nicht bei den SVB. Die rund 100 Personen werden nach dem Zufälligkeitsprinzip ausgesucht, wir wissen nicht, wer befragt wird. Die Personen werden von der Firma Roth ausgesucht, selbstverständlich möglichst repräsentativ auch verteilt auf die einzelnen Bereiche und Abteilungen, was einen guten Querschnitt ergibt. Im rund einstündigen Einzelgespräch werden all die Fragen betrachtet und die Hintergründe befragt. Diese Daten, resp. Gesprächsnotizen bleiben bei der Firma Roth. Eine Anwältin, welche ans Anwaltsgeheimnis gebunden ist, wird diese Gespräche führen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zu 100 % sicher sein, dass sie offen und ehrlich Auskunft geben können und dass niemand erfahren wird, welche Auskunft jeder Einzelne gegeben hat. Wir sind der Auffassung, dass wir damit optimale Voraussetzungen für die Analyse geschaffen haben die am Schluss, d.h. im Bericht dann auch konkrete Vorschläge für kurzfristig realisierbare Massnahmen enthalten wird.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich die freie Meinungsäusserung sowohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt wie auch der öffentlich-rechtlichen Anstalt im Besitz der Stadt Bern. Sowohl der Gemeinderat als auch der Verwaltungsrat der SVB sichern zu, dass die Meinungsäusserung des SVB-Personals weder eingeschränkt werden noch zu beruflicher Benachteiligung führen darf. Bei den SVB sind im übrigen bereits institutionalisierte Instrumente vorhanden, welche den Mitarbeitenden bei Problemen am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Ich denke beispielsweise an den neu eingesetzten Personalausschuss nach Gesamtarbeitsvertrag oder an den firmeneigenen Ombudsmann.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat sieht aus den oben erwähnten Gründen keine Veranlassung, bei den SVB zu intervenieren. Er wird sich jedoch vom Verwaltungsrat der SVB, d.h. durch die Vertreter im Verwaltungsrat, laufend über die Zwischenergebnisse der eingeleiteten Situationsanalyse informieren lassen.

– Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. –

Luzius Theiler (GPB) ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt. Positiv zu werten ist, dass uns Alfred Neukomm ganz klar im Namen des Gemeinderats zugesichert hat, dass die Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet sein soll. Es ist ein Bekenntnis, dass einer städtischen Beamtin oder einem städtischen Beamten kein Nachteil widerfahren darf betreffend einer Äusserung in den Medien. Wir wissen aber, dass die Wirklichkeit bei den SVB völlig anders aussieht. Seit der Einreichung der Interpellation hat sich alles bestätigt, es hat sich sogar bestätigt, dass es noch viel gravierender ist als man damals gemeint hat. Dies ist ein Tatbestand, der zum Nachdenken Anlass geben muss. Der Direktor der Stadtbetriebe hat gesagt, es sei institutionalisiert, dass sich Beamtinnen und Beamte, Angestellte der Verkehrsbetriebe, an eine Ombudsperson wenden können oder wenn Unzufriedenheiten oder Beschwerden vorhanden sind, diese anzumelden seien. Dies tönt schon fast ein bisschen zynisch, wenn wir hören, wie die Wirklichkeit ist, dass eben genau dies nicht funktioniert. Das SVB-Personal fühlt sich bedroht und schikaniert, sie sprechen von einer Diktatur. Offensichtlich spielen die Konfliktlösungsmechanismen bei den SVB überhaupt in keiner Art und Weise. Alfred Neukomm hat uns mitgeteilt, dass die externe Untersuchung mit den hundert Befragungen nach dem Zufallsprinzip vorangetrieben wird. Das ist recht, ich habe dazu noch eine konkrete Frage. Ist dabei auch gewährleistet, dass das SVB-Personal, welches sich besonders betroffen fühlt und Beschwerden hat, dass sie sich unabhängig, ob sie unter den hundert Ausgewählten sind oder nicht, an die externe Beratung wenden und alles offen darlegen können, was sie bedrückt und beschäftigt?

Wir müssen allerdings auch sehen, dass nicht nur die Leitung der SVB Verantwortung trägt, sondern in einer gewissen Beziehung tragen auch wir Verantwortung. Die herrschende Situation ist zum Teil eine Folge von Entscheidungen, welche wir hier im Stadtrat getroffen und zu wenig überlegt haben. Gemeinderat Alfred Neukomm hat die Auslösung des Konflikts erwähnt. Allerdings hat der Konflikt schon lange vorher geschwelt, ist aber beim Gerichtsurteil gegen einen SVB-Chauffeur zum Ausbruch gekommen. Der Rat kann sich sicher noch erinnern, wir haben vor ein paar Jahren ein paar Mal diskutiert, ob es zu verantworten sei, so viel öffentlichen Verkehr durch die zentrale Achse Markt- und Spitalgasse durchzuschleusen. Eine Achse, ein Strassenzug, der nun einmal von Fussgängerinnen und Fussgängern offenbar zum Teil zu Unrecht als Flanierzone, als Fussgängerzone betrachtet wird. Wenn wir den Betrieb in diesen Gassen betrachten, muss man sich wundern, dass nicht noch mehr passiert. Ist es überhaupt noch zumutbar, die Chauffeure diesem Stress auszusetzen? Vereinzelte Leute im Stadtrat waren der Meinung, man müsse andere Lösungen finden und davon hat man hier drin abgesehen. Der zweite Entscheid war die Neuorganisation der SVB, die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft. Wir wissen genau, seit dieser Umwandlung haben die Konflikte ganz massiv zugenommen. Die warnenden Stimmen wurden damals nicht wahrgenommen. Die Frage bleibt, wie lange sind diese Zustände bei den SVB dem Personal noch zuzumuten?

Regula Keller (GB): Ich finde es als Gewerkschafterin sehr wichtig, dass wir hier mit diesen Problemen sorgfältig umgehen, die sich in den SVB schon länger gezeigt haben. Wir finden es gut, dass nun eine externe Untersuchung durchgeführt wird. Wenn aber interne Betriebsprobleme in Leserbriefspalten ausgetragen werden müssen, unter denen steht „Namen der Redaktion bekannt“, dann wäre spätestens der Moment gekommen, in dem bei der Betriebsleitung wirklich das Alarmglöcklein klingeln müsste. Man sollte sich überlegen, wie ist die Mitbestimmung des Personals gewährleistet, wie läuft die Kommunikation. Ich denke, dort ist bei der SVB ganz sicher ein grosser Handlungsbedarf vorhanden. Ich hoffe, dass wir alle von dieser Untersuchung Kenntnis bekommen werden.

René Zimmermann (SP) spricht für die SP-Fraktion: Die Fraktion SP und die Gewerkschaften bedauern, dass das Arbeitsklima in den SVB gestört ist. Im Topf brodelte es schon lange. Natürlich hat das Gerichtsurteil und ein weiterer Unfall diesen Topf jetzt zum Überkochen gebracht. Bereits vor 2 Jahren haben meine Kollegin Edith Olibet und ich zusammen auf bestimmte Unstimmigkeiten im Personalkörper der SVB aufmerksam gemacht, dies in einem Gespräch mit dem Direktor und dem Gemeinderat Alfred Neukomm. Der Gemeinderat hat gemäss dem Anstaltsreglement die Oberaufsicht. Trotzdem ist es richtig, dass er nicht ope-

rativ tätig sein soll, aber wir haben ein Problem in der Direktion der SVB. Trotz vielen unbestrittenen Fähigkeiten des Direktors ist in der Personalführung ein Defizit zu orten, nicht nur beim Direktor sondern auch bei einigen nachgeordneten Vorgesetzten. Der Ton und die Botschaften kommen nicht richtig dorthin, wo sie hingehören. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn das Vertrauen in diese Führung momentan nicht vorhanden ist. Der Verwaltungsrat hat gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Allerdings bezeichne ich sein Handeln mit dem voreiligen Ausstellen des Persilscheins für den Direktor als suboptimal. Die unweigerliche Folge davon war, dass Walter Christen aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten ist, weil eben dieser Persilschein ihn ins Abseits gestellt hat. Der Gemeinderat hat deshalb nun zu Recht auch ein bisschen die Hand aufgehalten und Instruktionen erteilt. Der Einsitz eines Personalvertreters im Verwaltungsrat ist gemäss Reglement zwingend. Dies ist eine schwierige Doppelrolle, Vertreter des Personals und gleichzeitig die Interessen auch der Unternehmung zu wahren. Eine solche Doppelrolle braucht ein Vertrauensverhältnis, ein Vertrauensverhältnis zwischen der Direktion, aber auch zwischen den übrigen Mitgliedern des Verwaltungsrats. Ich sage ausdrücklich Vertrauensverhältnis, es muss kein Liebesverhältnis sein. Wenn irgend einmal ein neuer Personalvertreter in diesen Verwaltungsrat gewählt wird, so haben alle Beteiligten daran zu arbeiten, dass es optimal läuft. Ich denke, der Verwaltungsrat hat nun unter Beweis zu stellen, dass es ihm ernst ist mit der Wiederherstellung des Vertrauens auf allen Ebenen. Der erste Schritt hat der Verwaltungsrat mit der externen Untersuchung gemacht. Die wahre Prüfung steht noch bevor, nämlich mit der Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse und auch vom Ziehen der richtigen Schlussfolgerungen. Unsere Fraktion begrüsst die Untersuchung von unabhängiger Seite und ist überzeugt, dass es gelingen wird, die Anonymität dieser Aussagen zu wahren. Nur dann ist ein gutes Resultat möglich. Die beauftragte Firma muss sich erlauben, nebst Fragen zum Arbeitsklima Fragen zu den SVB-Strukturen und zu gewissen Abläufen zu stellen. Die Diskussion um die SVB muss jetzt von der emotionalen Ebene auf die Vernunftebene zurückgebracht werden. Es geht bei dieser Untersuchung und den weiteren Schritten nicht nur um Vergangenheitsbewältigung sondern auch um die SVB von morgen. Um zukunftsbezogene Verkehrsbetriebe mit einer kundenorientierten Leistung, mit zufriedenerem Personal, kurz, eine SVB, die wir eigentlich gerne schätzen. Ich bitte den Gemeinderat und den Verwaltungsrat zu überlegen, in welcher Form sie dem Stadtrat von diesem Untersuchungsergebnis Kenntnis geben werden.

Christoph Stalder (FDP): Ich spreche hier nicht im Namen des Verwaltungsrats der SVB, dies hat der Verwaltungsratspräsident gemacht, ich gebe also keine offizielle Stellungnahme ab, ich spreche als Mitglied des Verwaltungsrats, als im Moment einziger Stadtrat in diesem Gremium. Ich teile euch meine Einschätzung dieser Lage mit. Ich sage etwas zu der Rolle und den Leistungen der SVB, zur Zukunft der SVB, zu den Sorgen und Unsicherheiten des Personals und zum aktuellen Konflikt und nehme dazwischen Stellung zu der heutigen Diskussion.

Die SVB ist eine Unternehmung, die grundsätzlich gut organisiert, zweckmässig strukturiert ist und die ausgezeichnet funktioniert. Die SVB haben eine straffe Leitung, sie haben ein Personal, das zu Recht stolz auf seine Leistungen, auf Pünktlichkeit seiner Dienste ist. Nicht umsonst haben die SVB letzthin in einer Fernsehsendung die besten Noten im Vergleich mit anderen Verkehrsbetrieben erhalten. Dies ist der Verdienst des Personals, aber auch der Leitung. Das Personal ist, auch wieder im Vergleich mit anderen Transportunternehmen, gut bezahlt.

Die SVB stehen vor Herausforderungen. Durch die Liberalisierung im öffentlichen Verkehr ist nicht mehr garantiert, dass die SVB in Zukunft die gleichen Leistungen erbringen können und dürfen, wie sie sie heute erbringen. Konkurrenten können auftauchen, können sich um die Führung von einzelnen Linien bewerben, genauso wie sich die SVB um die Führung von Linien ausserhalb des heutigen Netzes bewerben können. Diese neue Konkurrenz kann Probleme ergeben, wenn andere Anbieter kostengünstigere Angebote unterbreiten, Angebote, welche die SVB nicht machen kann. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeben ist, dann zwingt dies zu Optimierungsmassnahmen, zu höherer Produktivität und das macht Angst. Dies ist eine ganz neue Ausgangslage. Angst und Unsicherheit sind auch im Zusammenhang mit der Verurteilung eines erfahrenen, zuverlässigen Chauffeurs wegen eines bedauerlichen tödlichen Unfalls entstanden. Vor zwei Wochen ist wieder ein Unfall in der Spi-

talgasse passiert. Unsicherheit beim Personal auch deshalb, weil die vorgesehenen Fahrzeiten zu gewissen Zeiten und auf gewissen Fahrstrecken nicht eingehalten werden können. Die Leitung hat darauf sofort im Sinn des Personals, im Interesse der Sicherheit reagiert. Unsicherheit für das Fahrpersonal schafft auch die unselige Vortrittsregelung in der Innenstadt. Die Leute benützen die Spitalgasse und Marktgasse als Flanierzone und wissen nicht, dass dies wirklich ein Teil des öV-Transportnetzes ist. Ebenso gilt die unselige Vortrittsregelung an Fussgängerstreifen, welche gerade ältere Fussgängerinnen und Fussgänger dazu verleitet, den Streifen ohne Blick, ohne Rücksicht auf jeglichen Verkehr zu überqueren. Mit Unverständnis reagiert auch das Personal, wenn Service-Intervalle an älteren Fahrzeugen gestreckt werden, um Kosten zu sparen. Dieser letzte Punkt verletzt den Berufsstolz der Unterhaltsequipen und schafft Unzufriedenheit. Soweit einige der Sorgen und Ängste des Personals.

Auf der anderen Seite ist die Unternehmensleitung, aufgrund der Liberalisierung des öV, gefordert, sich in diesem neuen Markt zu behaupten, die SVB weiterhin erfolgreich zu führen und einen möglichst hohen Deckungsbeitrag zu erwirtschaften. Das sind neue Herausforderungen, diese stellen sich jeder Transportunternehmung, unabhängig der Rechtsform. Es ist also nicht ein Problem der Rechtsform, wie man vorhin geltend machen wollte. Im Strommarkt kommt genau das gleiche Problem auf uns zu, ob wir es jetzt wahrhaben wollen oder nicht.

Der Verwaltungsrat ist auch erst gut ein Jahr im Amt, ist zum Teil auch noch in einer Lernphase, hat sich aber sehr rasch mit den Herausforderungen befasst und ist überzeugt, dass die Unternehmensleitung eine erfolgsversprechende Strategie fährt. Deshalb hat er auch sein Vertrauen in die Geschäftsleitung bekundet. Er hat aber, entgegen den Medienberichten und den Voten von René Zimmermann, der Geschäftsleitung keinen Persilschein ausgestellt. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die Probleme gerade im Bereich Personal abzuklären und gemeinsam einer Lösung entgegenzuführen. Der Verwaltungsrat wischt diese Probleme gar nicht unter den Tisch, wir haben dies vom Verwaltungsratspräsident gehört. Er hat festgestellt, dass es der Geschäftsleitung noch nicht gelungen ist, das Personal voll dafür zu gewinnen, dass die neue Strategie gemeinsam angepackt werden muss. Der Verwaltungsrat ist aber dezidiert der Meinung, dass diese Probleme besser in den Organen und Gremien, die dafür vorgesehen und geschaffen sind, gelöst werden können und nicht in den Medien. Es ist auch nicht damit getan, dass man sofort den Direktor oder die ganze Geschäftsleitung in die Wüste schickt, genau so, wie man dies bei einem erfolglosen Sportverein macht. Erstens sind die SVB erfolgreich, zweitens ändert eine personelle Rochade an den strategischen Problemen nichts und drittens gibt es die ideale Führung, die alles bestens macht, nicht.

Der Verwaltungsrat leistet seinen Teil an der Bewältigung der Aufgaben, die ich hier skizziert habe. Das Gremium arbeitet gut zusammen, der Verwaltungsrat handelt ziel- und sachorientiert und nicht parteipolitisch. Es herrscht nicht immer "Friede, Freude, Eierkuchen", sondern wir führen heftige Diskussionen. Auch Walter Christen hat im Verwaltungsrat einen ehrlichen, loyalen und guten Beitrag geleistet. Deshalb bedaure ich seinen Rücktritt, aber ich verstehe ihn. Er ist in einem Interessenkonflikt gestanden, der auf diese Art nicht zu lösen war. Aber, wie dies wieder in einem Teil der Presse dargestellt wurde, dass er ständig überstimmt worden sei, stimmt nicht. Das sage ich hier auf die Gefahr hin, Internes zu verraten.

Ich habe mich vehement dafür eingesetzt, dass primär der Verwaltungsrat und nicht der Gemeinderat die Aufgabe hat, die aufgetretenen Probleme zu lösen; zusammen mit der Geschäftsleitung, zusammen mit der Vertretung des Personals, zusammen mit externer Unterstützung. Ich bin überzeugt, dass wir es schaffen werden, die SVB in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Das ist anspruchsvoll, das verlangt vollen Einsatz und Opfer, aber die Aufgabe ist lösbar. Wesentlich ist, wie von René Zimmermann gesagt, dass die ganzen Auseinandersetzungen jetzt wieder auf die Vernunftebene geführt werden.

Kurt Mäusli (SP): Es ist sicher gut, wenn der Direktor der Stadtbetriebe hinter seinen Chefbeamten steht. Sie müssen die Unterstützung der Exekutive haben. Ich will nicht wiederholen, was Kollege Christoph Stalder bereits erwähnt hat. Ich war an der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes Bern und Umgebung in den Hallen der SVB-Garage. Was sich dort abgespielt hat, wer dies gehört hat, kann niemals widersprechen, dass eine

grosse Unzufriedenheit und Spannung beim Personal herrscht. Das Personal ist durch die chaotischen Zustände mit den Fussgängerinnen und Fussgänger gestresst. Dies erfordert die höchste Konzentration der Bus- und Tramführer. Nicht zuletzt müssen wir an den tragischen tödlichen Unfall denken, welcher durch die unglückliche Verkehrssituation der Stadt Bern entstanden ist. Wer an dieser Versammlung all diese Probleme mitbekommen hat und heute behauptet, es sei keine grosse Unruhe, der lebt in einer anderen Welt. Es ging so weit, dass eine Person aufgestanden ist und den Rücktritt von Herrn Kamber gefordert hat. Ich habe das Gespräch mit Walter Christen geführt. Er hat gesagt, fachlich sei Herr Kamber in Ordnung. Es ist der Ton, welchen Herr Kamber nicht findet, dies ist offenbar das Problem. Wie er sich ausdrückt und die Chauffeure verbal behandelt, ist das grosse Problem. Wenn der Direktor der Stadtbetriebe alles beruhigen will, muss man sich überlegen, ob Herr Kamber nicht freigestellt werden soll. Ich sage nicht, man müsse ihn aus den Stadtbetrieben entlassen, aber dieser Wechsel sollte erfolgen. Danach haben wir wahrscheinlich wieder die Garantie, dass eine gewisse Ruhe einkehren wird.

Für die FDP-Fraktion spricht *Hans-Ulrich Suter* (FDP): Auch die FDP-Fraktion ist an einem guten Arbeitsklima bei den SVB interessiert. Aufgestellte Wagenführerinnen und Wagenführer sind fahrgastfreundlicher und prägen das Erscheinungsbild des Unternehmens. Wir sind froh, dass jetzt eine neutrale externe Befragung zum Betriebsklima durchgeführt wird. Als langjähriger SVB-Kenner und -Benützer erlaube ich mir, noch ein paar Feststellungen zu diesem Geschäft aus praktischer Sicht anzubringen. Im Verwaltungsbericht der SVB für das Jahr 1996 war geschrieben, dass eine im Sommer des betreffenden Jahres durchgeführte Mitarbeiterbefragung ergeben habe, dass der Grossteil des Personals sich bei den SVB wohl fühle und Gefallen an der täglichen Arbeit habe. Auch wenn das Ergebnis von solchen Befragungen mit Vorsicht zu interpretieren ist, weil dabei nicht alles auf den Tisch kommt, was den Einzelnen bedrückt, erstaunt die abrupte Klimaveränderung innerhalb einer relativ kurzen Zeit. Die Ursachen liegen vor allem im Umstand, dass die Direktion mit den betrieblichen Problemen zu wenig vertraut ist. Sie fordern Dinge von Personen, welche den Fahrauftrag ausführen müssen und zum Teil einfach am Limit fahren. Zur mittleren Unzufriedenheit beim Fahrdienstpersonal tragen insbesondere die auf verschiedenen Linien mit der Einführung des Jahresfahrplans am 30. Mai dieses Jahres vorgenommenen Kürzungen der Umlaufzeit bei. Die Umlaufzeit ist nicht die Fahrzeit wie von Luzius Theiler in der Interpellation geschrieben. Die Umlaufzeit definiert sich nämlich aus der Fahrzeit und den Aufenthalten an den Endpunkten einer Linie. Um die mit dem neuen Jahresfahrplan verbundenen Mehrleistungen in einem finanziell erträglichen Rahmen halten zu können, wurde auf verschiedenen Linien, insbesondere im Spätdienst, die Umlaufzeit gekürzt. So zum Beispiel auf der Linie 12, die nachträglich korrigiert wurde und insbesondere auf der Wyler-Linie, die seither seit abends 20.00 Uhr den 12-Minuten-Takt nur noch mit zwei statt wie früher mit drei Gelenkbussen aufrecht hält. Die Folge davon ist, dass die Busse in der Regel am Bahnhof verspätet ankommen und unmittelbar nach dem Fahrgastwechsel gleich wieder abfahren müssen, selbstverständlich ebenfalls verspätet. Die Wagenführer können mit der kürzeren Umlaufzeit an den Endstationen praktisch keine Verspätungen mehr aufholen, dies gelingt nur noch mit einer beschleunigten Fahrweise und diese wiederum beeinträchtigt den Fahrkomfort und die Verkehrssicherheit. Der Stress ist offensichtlich und verschlechtert in diesem Fall das Einvernehmen zwischen Fahrdienst, Personal und Verwaltung. Stress bedeutet im übrigen für die Wagenführerinnen und Wagenführer auch die Fahrt durch die Markt- und Spitalgasse. Dass nicht mehr Unfälle passieren, grenzt an ein Wunder und stellt dem Personal ein gutes Zeugnis aus. Ich stelle aber immer wieder fest, dass die Randlinien, welche den freien Bewegungsraum für Fussgängerinnen und Fussgänger markieren, kaum beachtet und vielfach auch nicht verstanden werden. Viele meinen, sie würden als optische Hilfe dem Warenumschlag dienen. Mich betrübt im Prinzip, dass der Direktor, Herr Kamber, nicht anwesend ist und ein solch wichtiges Geschäft ohne seine Präsenz diskutiert wird. Unabhängig von den Ergebnissen der Befragungen schlage ich folgende Sofortmassnahmen vor: Überprüfung der dauernd kritischen Umlaufzeiten auf den betreffenden SVB-Linien. Im Rahmen einer gemeinsamen Unfallverhütungs-Aktion haben die SVB und die Stadtpolizei in den Medien und mittels Plakatständer über die Bedeutung von Randlinien in der Spital- und Marktgasse zu informieren. Anzusprechen sind ganz speziell auch die Touristen, welche vielfach ausserhalb

dieser Randlinien am Fotografieren sind. Die Reduktion der Fahrgeschwindigkeit von Tram und Bus in den beiden Hauptgassen auf 10 km/h oder auf eine Geschwindigkeit, die als angemessen betrachtet wird. Dies wäre übrigens auch ganz im Sinne des neusten SVB-Werbeslogans, "Leue statt loufe".

Walter Christen (SP): Ich habe aufmerksam die Debatte mitverfolgt und erkläre, dass es für uns wichtig ist, dass die ersten Weichen in eine richtige Richtung gestellt wurden. Wichtig ist, dass das Vertrauen, die zwischenmenschlichen Beziehungen wieder hergestellt werden. Betreffend Innenstadtverkehr haben wir vor 4 Jahren eine Eingabe gemacht, dass in der Innenstadt wieder die Grünstreifen angebracht werden. Diese haben sich bewährt, es ist eine präventive Abgrenzung von Fussgängern und dem öffentlichen Verkehr. Damit haben wir jedoch Mühe gehabt, es ist aufgrund der übergeordneten Gesetze nicht möglich. Wir müssen nun alles daran setzen, dass wir auf die Winter- und Weihnachtszeit eine "Pass-auf-Aktion" lancieren und mit der Polizei an Ort und Stelle die Situation betrachten und entschärfen, damit das Personal in diesem Sinne entlastet wird. Sicher wollen wir auch Verantwortung mittragen, damit die SVB am Markt bestehen können. Die Zukunft muss miteinander und nicht gegeneinander sein, es müssen alle am gleichen Strick ziehen. Wenn der Bericht vorliegt, müssen die nötigen Weichen in die Richtung lenken, dass wir miteinander in die Zukunft gehen und die Unternehmung, auf die wir alle stolz sind, wieder gut funktioniert. Die Stadt Bern verfügt nicht vergebens über den höchsten Auslastungs- und Kostendeckungsgrad in Europa. Die SVB hat gutes Personal, stehen wir zu diesem Personal, lösen die Probleme und stellen die Weichen in eine erfolgreiche Zukunft.

Luzius Theiler (GPB): Der Grund, dass ich noch einmal ans Rednerpult stehe, ist das Votum von Christoph Stalder. Christoph Stalder ist Partei, in dem er als Verwaltungsrat Bestandteil der Leitung der SVB ist, welche heute kritisiert wird. Wenn er nun von einer erfolgsversprechenden Strategie der SVB-Leitung spricht, nachdem ein solches internes Chaos angerichtet wurde, stimmt dies nicht. Es waren viele Presseberichte und ein Vorstoss im Stadtrat notwendig, dass endlich einmal etwas passiert. Die Quintessenz von Christoph Stalder ist einfach, die Medien hätten viel zu viel darüber geschrieben, im Grunde seien die Medien an diesem Chaos schuld. Es wäre besser, in der Direktion und im Verwaltungsrat darüber zu sprechen als Medienberichte zu schreiben. Ich wage zu behaupten, dass nichts geschehen wäre, wenn nicht die Medien recherchiert und darüber berichtet hätten, dann gäbe es bestimmt keine externe Untersuchung, alles wäre unter den Tisch gewischt worden. Den autoritären Führungsstil, welcher seit Jahr und Tag in den SVB herrscht, nicht nur gegenüber dem Personal, sondern auch gegenüber anderen Organen, finde ich schlecht. Die Folge der Deregulierung läuft immer nach dem gleichen Schema ab, es zählt überall nur noch das finanzielle Ergebnis. Eine interessante Information ist, dass die Wartungsintervalle verlängert werden, noch einmal Massnahmen auf Kosten der Sicherheit. Die Deregulierung basiert immer auf Kosten der Sicherheit, dann passieren Unfälle wie letzthin in England und eben auch bei uns in der Markt- und Spitalgasse. Wir müssen uns überlegen, ob es so weitergehen darf, der Sachzwang ist vorhanden, immer mehr zu rationalisieren, zu deregulieren. Müssen wir nicht grundsätzlich hier eine andere Politik einschlagen? Ich bitte die Beteiligten darum, dass man positiv hinter die Problembewältigung steht und innerhalb der Verwaltung und der Direktion SVB zugibt, dass es nicht mehr so weitergehen kann. Daraus müssen Schlüsse gezogen werden, allerdings sind dazu auch personelle Konsequenzen notwendig.

Marcel Eyer (ARP): Wir dürfen die unhaltbaren Zustände, welche in diesem Betrieb herrschen, nicht auf diesen tragischen Unfall reduzieren und denken, es werde voraussichtlich besser. Wir müssen Massnahmen in den beiden genannten Gassen ergreifen, damit nicht noch mehr Unfälle passieren. Der letzte Unfall hat sich übrigens heute ereignet. Die Mitarbeiterbefragungen wurden angesprochen. Man kann nicht Umfragen durch Vorgesetzte verteilen lassen und diese nicht zur Hälfte weitergeben. Wenn die Führung nicht menschlicher wird und für die Mitarbeiter beim Gespräch mehr Zeit genommen werden kann, verbessert sich nichts. Man muss nicht wie ein Löwe auf die Zahlen losjagen und dabei die Menschen vergessen, Menschen, welche das Unternehmen repräsentieren und sich damit identifizieren. Ich hoffe, die Untersuchung bringt eine Verbesserung.

Christoph Stalder (FDP): Ich nehme an, dass es dem Basisdemokrat Luzius Theiler besser geht, nachdem er mir, als seinem Demokratiefeind, Vorwürfe gemacht hat. Ich muss hier noch drei Korrekturen anbringen. Der Verwaltungsrat ist nicht Partei in dem Sinn, dass er verlängerter Arm oder Heiligenschein über der Geschäftsleitung ist. Er ist ein Aufsichtsorgan, welches genauso die Bedürfnisse des Personals wie die Bedürfnisse der Unternehmung ins Auge fassen muss. Die Behauptung stimmt nicht, dass der Verwaltungsrat monatelang nichts gemacht habe, dass die Blase durch die Medien aufgestochen werden musste. Ich habe nichts gegen die Rolle der Medien gesagt, wenn Sie gut zugehört haben, habe ich gesagt, man müsse den Weg begehen und zwar von Seite der Geschäftsleitung wie von Seite des Personals. Den Weg gehen, der im GAV vorgesehen ist, dort sind die notwendigen Instrumente vorhanden. Wenn diese Instrumente nicht gebraucht werden, sondern man sich direkt an die Medien wendet, dann ist der Zeitpunkt da, dass wir beispielsweise unter den Sozialpartnern miteinander sprechen, dass wir externe Abklärungen treffen, unabhängig auch vom Verwaltungsrat.

Der Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm:* Ich will nicht auf die einzelnen Voten eingehen, sondern nur ganz kurz auf die konkrete Frage von Luzius Theiler antworten, ob sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch direkt für diese Untersuchung melden können. Ja, das ist möglich. Ich denke, die Untersuchung soll so weit wie möglich sachlich und neutral durchgeführt werden. Wir wollen den effektiven Ursachen und Problemen auf den Grund gehen. Das heisst aber nicht, dass sich 700 Personen für diese Untersuchung melden können, natürlich auch wegen der Kosten und auch vom Zeitablauf würde es Probleme geben. Ich stelle mir vor, wenn sich ein paar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderen Anliegen melden möchten, dann können sie es machen.

Kurz noch eine Bemerkung zur Anschuldigung von Hans-Ulrich Suter. Ich habe bewusst der SVB-Geschäftsleitung mitgeteilt, dass sie nicht auf der Chefbeamtenbank Platz nehmen muss. Die Geschäftsleitung der SVB ist dem Verwaltungsrat unterstellt, dort hat sie anzutreten, nicht hier im Stadtrat.

22 Kleine Anfrage Hans-Ulrich Suter (FDP): Farbgebung neue SVB-Busse

Antrag Nr. 160

Bisher wurde bei den Städtischen Verkehrsbetrieben Bern (SVB) Wert auf ein einheitliches äusseres Erscheinungsbild der Fahrzeuge in der traditionellen Farbgebung olivgrün/crème gelegt. Diese Haltung hat Gemeinderat Alfred Neukomm soeben bei der Präsentation eines zur Erprobung in Bern eingetroffenen Niederflurtramwagens bestätigt. Bei der Beschaffung der jüngsten Autobusserie (451-456), die seit 31. Mai 1999 auf der SVB-Linie 28 (Eigerplatz-Ostermundigen Zollgasse-Wyler) eingesetzt wird, wurde aber offensichtlich von diesem Prinzip abgewichen. Die sechs neuen Busse sind nämlich ganz in Rot gehalten.

Ich habe an sich nichts gegen die Farbe Rot, möchte aber vom Gemeinderat wissen, ob das Rot eine Massnahme ist, um dem öffentlichen Verkehr im Erschliessungsgebiet der Linie 28 zu einem höheren Beachtungsgrad zu verhelfen, oder ob System dahinter steckt. Bisher verkehrten ja nur die Busse der beiden Transportbeauftragten der SVB (Dysli und Peyer) in abweichender Farbgebung.

Bern, 1. Juli 1999

Der Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm* beantwortet den Vorstoss im Namen des Gemeinderats. Die Städtischen Verkehrsbetriebe Bern (SVB) setzen seit dem 26. Mai 1999 sechs neue moderne Niederflur-Midibusse auf der Linie 28 (Eigerplatz – Wyler) ein. Die Linie 28 ist eine Tangentiallinie und bietet dadurch die Möglichkeit, die Anschlüsse verschiedener Quartiere an zahlreiche Durchmesserlinien zu optimieren. Die Tangential- und Quartierlinien entsprechen einem gegenüber den klassischen Durchmesserlinien zu differenzierenden Dienstleistungsprodukt mit anderen Funktionen. Aus diesem Grunde haben die SVB bereits

1993, also ungefähr ein halbes Jahr vor Inbetriebnahme der Tangentiallinie 27, beschlossen, die Tangential- und Quartierlinien bewusst anders zu positionieren und dies mittels der Farbgebung der Fahrzeuge zu kommunizieren. Wie bereits bei den anderen Quartier- und Tangentiallinien der SVB sind die Midibusse deshalb in einem fröhlichen, leicht abgetönten Rot lackiert und weisen dadurch auf ihre Funktion der Quartiererschliessung und -verbindung hin. Im übrigen haben wir dies mit der Gemeinde Ostermundigen abgesprochen.

23 Beschaffung einer Betankungsanlage für Erdgasfahrzeuge und Erneuerung einer Wasserleitung; Kredit

Antrag Nr. 109

1. Das Projekt für die Beschaffung und Erschliessung einer Erdgasbetankungsanlage an der Güterstrasse in Bern sowie die Erneuerung einer Wasserleitung wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter der Anlage nicht verändern.
2. Für die Beschaffung und Erschliessung der Betankungsanlage mit Erdgas wird ein Kredit von Fr. 770 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Gasversorgung) bewilligt.
3. Für die Erneuerung der Wasseranlage wird ein Kredit von Fr. 298 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Wasserversorgung) bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Barbara Mühlheim* (SP): Das Geschäft hat einerseits eine technische Seite, da wir aber keine TÜV-Arbeitsgruppe sind, habe ich mich entschlossen, primär die politischen, ökologischen und die betriebswirtschaftlichen Aspekte vorzustellen. Schlussendlich handelt es sich hier um ein paar Grundsatzfragen. Sind wir bereit, einen Investitionskredit von rund Fr. 770 000.00 zu sprechen, um in der Berner Agglomeration bessere Luft zu erhalten? Es handelt sich um eine Infrastruktur, welche uns in Zukunft ermöglichen wird, Fahrzeuge, primär Nutzfahrzeuge, anzuschaffen, welche 70 % weniger Schadstoffausstoss haben werden. Wir müssen uns heute Abend vorentscheiden, ob wir bereit sind, in Zukunft Flotten-Nutzfahrzeuge zu beschaffen, welche ungefähr 13 % höhere Anschaffungskosten und ungefähr 7 – 10 % höhere Betriebskosten haben. Alle Studien zeigen auf, dass die erdgasbetriebenen Fahrzeuge die beste Ökobilanz aufweisen, das heisst, kein anderer Energieträger kommt nur in die Nähe der Bilanz von 70 % weniger Schadstoff-Auswurf. Es geht aber auch noch um eine andere marktstrategische Fragestellung. Sind wir bereit, der GWB die Möglichkeit zu geben, Zukunftschancen zu schaffen, dass das Werk mit neuen, kleinen Nischenprodukten auf diesem Markt bestehen kann und damit die Unternehmensstrategie der GWB zu gewährleisten oder zu verbessern?

Das Geschäft ist die operative Umsetzung eines übergeordneten, energiepolitisch strategischen Entscheids, welcher der Gemeinderat 1998 gefällt hat, als es darum ging, mit welchen Massnahmen die hoch belastete Luft in den Ballungszentren zu reduzieren. Jede Buwal-Studie zeigt klar auf, dass der Energieträger Gas die optimalste Form ist, welche zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung steht, um diese Strategie zu erfüllen.

Zur Standortfrage: Die GWB hat verschiedene Standorte diskutiert und ist zum Schluss gelangt, dass der Standort der Firma Küng der optimalste sei. Die Firma Küng Avia verfügt über einen Standort, bei dem neben dem Erdgas auch normales Benzin und Diesel zur Verfügung gestellt werden können. All die Fahrzeuge, die in Zukunft angeschafft würden, wären bivalent, das heisst, nebst Gas könnten sie auch mit Diesel betrieben werden. Die ganzen Synergien sind aber auch in der Bedienung und dem Unterhalt möglich, weil das Personal der Tankstelle auch zuständig für den Unterhalt und die Bedienung dieser Gasfahrzeuge ist. Ein weiterer Aspekt des Standorts ist die Kundenfreundlichkeit. Der Standort ist so gewählt, dass die Autobahneinfahrt sehr nahe ist. Was mir jedoch noch viel wichtiger scheint, ist, dass die grossen Flottenbetriebe, nicht nur der Stadt Bern, zum Beispiel die Kehrlichtverbrennungsanlage oder die Post, ihre Stützpunkte in unmittelbarer Nähe haben. Der Standort kann nicht in einem Wohnquartier gewählt werden, die Immissionen wären zu gross. Ein paar Aspekte zum Vertrag, dieser hat in der GPK viel zu diskutieren gegeben. Die GWB wird

mit der Firma Küng einen zehnjährigen Vertrag aushandeln. Darin gibt es zu klären, dass sie für den Unterhalt, für die Betriebssicherstellung und für das Beheben von Betriebsstörungen zuständig sind. Dafür erhalten sie 2,5 Rappen pro Kubik Gas. Nach 10 Jahren ist es dann freigestellt, ob die Betankungsanlage ins Eigentum der Firma Küng übergehen wird oder weiterhin von der Stadt betrieben wird. Zur Betankungsdichte: Zwei bis drei Fahrzeuge können nacheinander betankt werden, pro Tag sind es fünf bis sechs, in der ersten Phase pro Woche 20 Fahrzeuge. In der zweiten Phase, wenn die Gasregelstation in der KVA ersetzt worden ist, haben wir in den Leitungen höheren Druck, ab diesem Zeitpunkt wird es möglich sein, doppelt so viele Fahrzeuge zu betanken. Die Gasleitungserstellung kostet ca. Fr. 170 000.00. Altbekannt ist, wenn in der Stadt Bern irgendwo die Strasse oder der Boden geöffnet wird, dass die ungefähr hundert Jahre alten Graugussleitungen ersetzt werden. In diesem Geschäft ist der Betrag von Fr. 298 000.00 für das Ersetzen dieser Leitungen vorgesehen.

Die Option ist, dass in der ersten Phase ungefähr ein Drittel der Berner Kehrflotte betankt und die anderen zwei Drittel dem freien Markt zur Verfügung stehen werden. In der zweiten Phase wird noch ungefähr die Hälfte der freien Marktwirtschaft zur Verfügung gestellt. Das Angebot und die Nachfrage, besonders die Nachfrage im freien Markt ist gross. Die GWB wird immer wieder von anderen grossen Flottenbetreibern wie Migros, Post usw. bestürmt, endlich auch in der Stadt Bern eine Betankungsanlage zur Verfügung zu stellen.

Das Wichtigste des Geschäfts sind die wirtschaftlichen Aspekte. Es ist nur symbolisch, dass die Gasindustrie in der Schweiz das Geschäft mit Fr. 150 000.00 zusätzlich finanziert. Wichtig sind vor allem die wirtschaftlichen Optionen, dass die Kehrflottenfahrzeuge in Zukunft grundsätzlich mit gasbetriebenen Motoren angeschafft werden. Der Gaspreis ist zum jetzigen Zeitpunkt etwa gleich hoch wie der Preis für Diesel. Wenn wir ehrlich sind und die sogenannten externen Kosten dazuzählen, heute wird dies eigentlich als relevante Kosten betrachtet um Energieträger zu vergleichen, dann ist Gas schon heute ungefähr 20 Rappen billiger als der Energieträger Diesel. Aber auch dort liegt die Zukunftsoption, das Biogas. Biogas, welches keine Mineralölsteuer beinhaltet, kostet ungefähr 92 Rappen. In der Zwischenzeit wurden erste Verhandlungen mit dem einzigen Biogas-Betreiber in der Westschweiz aufgenommen. In einem zweiten Schritt will man eine eigene Biogas-Anlage installieren, unter Umständen zusammen mit anderen Gemeinden wie Köniz.

Weltweit sind ungefähr 1,2 – 1,5 Mio. Gasfahrzeuge in Betrieb. Es ist eine Technologie, welche nicht mehr in den Kinderschuhen steckt. Die Technik ist längstens so weit vorangeschritten, dass die alten Kinderkrankheiten ausgemerzt sind und beste Erfahrungen gemacht werden. Nicht zuletzt zu erwähnen ist, dass die Stadt Lausanne vor einem Jahr 15 neue gasbetriebene Fahrzeuge angeschafft hat.

Die GPK beantragt dem Rat mit 6 : 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, diesem Geschäft zuzustimmen, einerseits dem Kredit von Fr. 770 000.00 für eine Gasbetankungsanlage, andererseits Fr. 298 000.00 für die Wasserleitungen. Geben wir der GWB die Möglichkeit, in einem grossen, weltweit neuen Gasmarkt bestehen zu können, die Unternehmensstrategie zu erfüllen und damit auch Arbeitsplätze zu sichern.

Fraktionserklärungen

Eva von Ballmoos-Keller (GFL) erläutert den folgenden Rückweisungsantrag der Fraktion GFL/EVP:

Die Fraktion GFL/EVP beantragt, den Kredit zur Beschaffung einer Betankungsanlage für Erdgasfahrzeuge zurückzuweisen mit der Auflage

- einen Gesamtüberblick über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Antriebstechnologien bezüglich Schadstoffausstoss
- einen Vergleich von Kosten und Effizienz pro Fahrzeug
- sowie ein Konzept für die städtische Fahrzeugflotte in den nächsten Jahren vorzulegen.

Unsere Fraktion hält es nicht für überflüssig, die Errungenschaften aus der Antriebstechnologie, welche zu einer Verminderung des Schadstoff-Ausstosses führt, einzusetzen. Im Gegenteil, wir schätzen, dass das Thema mit dieser Vorlage aufgegriffen wird und eine Diskussion entsteht, welche längerfristig spür- und messbare Ergebnisse bringen wird. Was uns

aber dazu bewegt, heute die Rückweisung dieser Vorlage zu beantragen, einer Vorlage welche mit dem Errichten der Betankungsanlage die Voraussetzung zum Beschaffen von gasbetriebenen Fahrzeugen schafft, habe ich im Text des Rückweisungsantrags formuliert.

Es ist richtig und dringend nötig, bei der Fahrzeugbeschaffung die Umweltbelastung, welche bei jeder von den heute bekannten und praktikablen Antriebsformen entsteht, als Auswahlkriterium mit einzubeziehen. Mit der Kreditvorlage für eine Betankungsanlage für Erdgasfahrzeuge stellt der Gemeinderat die Weichen in eine ganz bestimmte Richtung. Mit dem Entscheid des SVB-Verwaltungsrats zum Buskauf im Spätsommer dieses Jahres wurde die Weiche gerade in eine andere Richtung gestellt. Was war hier wohl ausschlaggebend? War es die Überzeugung, man habe die richtige Technologie gewählt? Waren die Kosten ausschlaggebend oder wurde der Schwerpunkt hinsichtlich der Verminderung des Schadstoffes anders gesetzt? Bei den Gasfahrzeugen ist die CO₂-Bilanz besser und wirkt sich global und lokal bei der Vorläufersubstanz zur Ozon-Bildung aus. Dieselmotoren mit Partikelfilter, für welche sich die SVB entschieden haben, bringen vor allem im PM₁₀-Bereich markante Verbesserungen, dies wirkt sich ganz direkt auf die Gesundheit der Stadtbevölkerung aus. Über diese Gewichtung wollen wir mehr erfahren, deshalb haben wir Auflagen zum Rückweisungsantrag gestellt.

Ein Konzept, wie wir es uns vorstellen, muss nicht 50 Seiten umfassen. Wir erwarten aber, dass darin in den Grundzügen stehen wird, wieviele neue Fahrzeuge die Stadt Bern insgesamt in den nächsten 5 – 10 Jahren anschaffen wird, welcher Geldbetrag dafür notwendig sein wird. Das Ziel des Ganzen wird sein, dass wir für den eingesetzten Geldbetrag, den grössten Umweltnutzen resp. den kleinsten Umweltschaden erlangen können. Ist es sinnvoll, wenige Fahrzeuge anzuschaffen, welche emissions- und lärmässig gut dastehen, um nachher kein Geld mehr zu haben, um die riesige Anzahl von Fahrzeugen nachzurüsten und zu sanieren? Ist die Gasantriebstechnologie tatsächlich die zukunftsweisende Technologie? Darüber gibt es verschiedene Ansichten. Wir haben von der Referentin der GPK gehört, dass die Verwaltung offenbar der Meinung ist, die Gasantriebstechnologie sei die zukunftsweisende Technologie. Ich habe in Berichten gelesen, die Gasantriebstechnologie sei ein Stumpengeleise, welches nicht weiterverfolgt werden solle, dass noch weitere neue Technologien, wie z.B. der Einsatz von Brennstoffzellen im Vordergrund stehen. Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Vision Biogas. Die GPK-Referentin hat dies zwar bereits als Option dargestellt, für mich ist es noch im Stadium der Vision. Es ist aber bestimmt weiter zu verfolgen, auch als Vision. Bei Grünabfällen und Kompostieranlagen handelt es sich um einen erneuerbaren Energiespender, ob dies in ausreichendem Masse vorhanden sein wird, darüber wissen wir zu wenig. Wir denken vor allem, dass diesbezügliche Abklärungen und Realisierungsversuche vor der Errichtung von Betankungsanlagen angebracht sind. Ich rufe den Rat auf, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen und damit Gelegenheit zu geben, ein Konzept bezüglich der städtischen Umweltpolitik bei der Fahrzeugbeschaffung Wirklichkeit werden zu lassen. Mit dieser Grundlage können wir wieder in sachliche Diskussionen einsteigen und so die bestmögliche Gewichtung zwischen Umweltnutzen einerseits und Einsatz des vorhandenen Geldes andererseits vornehmen.

Rudolph Schweizer (SVP) spricht für die SVP-Fraktion: Es ist sicher eine Tatsache, dass die Erdgasfahrzeuge bedeutend weniger Schadstoffe ausstossen als Benzinfahrzeuge. Die SVP-Fraktion ist aber der Meinung, dass es heute zu früh ist, weil wir mit den Erdgasfahrzeugen zu wenig Erfahrungen haben, um eine solche Tankstelle zu betreiben. Die Stadt Lausanne wird Ende dieses Jahres 15 Erdgasbusse in Betrieb nehmen. Wir sollten auf alle Fälle einmal abwarten, bis Lausanne die ersten Erfahrungen gemacht hat. Der Zeitpunkt für die vorgesehene Investition ist zu früh, auch wenn das kantonale Amt für Umweltschutz bestätigt, Erdgasfahrzeuge seien von der Luftbelastung her wesentlich besser als Dieselfahrzeuge mit Filter. Die Wirtschaftlichkeit ist zur Zeit nicht gegeben. Die Stadt Bern hat zur Zeit keine Erdgasfahrzeuge in der Nutzfahrzeug-Flotte in Betrieb. Der Anteil von Privaten, welche über erdgasbetriebene Fahrzeuge verfügen, ist verschwindend klein, es sind in der Schweiz nur ca. 170 Fahrzeuge im Einsatz. Die SVP-Fraktion findet es im weiteren sehr schade, dass die Vorlage nicht zusammen mit dem Kauf von erdgasbetriebenen Kehrlichfahrzeugen vorgelegt wird. Es ist sinnlos, dieser Erdgas-Tankstelle zuzustimmen, wenn wir keine grösseren Lastwagen oder Busse von Privatunternehmungen in Bern in Betrieb haben. Die SVP-

Fraktion interessiert sich, wie hoch die Kosten für die Umstellung der heutigen Kehrlichfahrzeug-Flotte auf Erdgasbetrieb sind. Es sollte gesamtschweizerisch die Aufgabe des Bundes sein, solche Investitionen zu tätigen oder wenigstens mit höheren Beträgen zu subventionieren, z.B. 70 % Bund, 20 % Kanton und 10 % für die Stadt. Es ist lächerlich, wenn wir hören, dass sich der Entwicklungs- und Förderungsfonds der Schweizer Gasindustrie lediglich mit Fr. 24 000.00 daran beteiligt. Der Gasverbund Mittelland AG, welcher der eigentliche Gaslieferant ist, beteiligt sich auch nur mit Fr. 100 000.00. Die SVP-Fraktion stimmt dem Rückweisungsantrag der GFL/EVP-Fraktion zu. Sollte der Rückweisungsantrag hier im Rat keine Mehrheit finden, werden wir nein stimmen. Nein stimmen auch aus finanzpolitischer Sicht, weil die Stadt Bern kein Geld für solche Experimente zur Verfügung hat.

Für die SP-Fraktion spricht *Margrit Stucki-Mäder* (SP): Erdgas oder Biogas, eine städtische Umweltpolitik. Die SP-Fraktion findet es sehr wichtig, die Schadstoffbelastung der Luft zu reduzieren. Dabei können Massnahmen im motorisierten Verkehr einen grossen Beitrag leisten. Messungen aus dem praktischen Betrieb von Erdgasfahrzeugen zeigen auf, dass mit erdgasbetriebenen Motoren die Luft weniger mit Schadstoff belastet wird. Wollen wir Gasfahrzeuge fördern, müssen wir auch die Möglichkeit geben, den Stoff zu tanken. Das heisst, es braucht unbedingt eine attraktive, an einem guten Standort stehende Betankungsanlage. Im Vortrag des Gemeinderats ist immer von einer Erdgastankanlage die Rede, dabei wollen wir Biogas fördern, weil dies eine nachhaltige Energie ist und das Gas auch in unserer Stadt in Abwasseranlagen und mit der Kompostverwertung genutzt werden kann. In der Schweiz bestehen bereits Kompost-Gasanlagen, welche Biogas liefern. Wir finden, das Label Energiestadt zu sein, verpflichtet uns dazu. Wir wollen nicht nur eine Gastankstelle, wir wollen auch den Biogasabsatz fördern. Ähnlich wie mit der Ökostrombörse kann das Anbieten eines Nischenprodukts zu mehr Nachfrage führen und damit wird auch die Finanzierbarkeit realistischer. Wir unterstützen deshalb die Beschaffung einer Betankungsanlage für Gasfahrzeuge aus ökologischen Überlegungen. Wir sehen die Beschaffung als Energiemassnahme, welche der Gemeinderat schon lange angekündigt hat, diese wurden bei der Diskussion über die Strategiepapiere und die Massnahmen zur Energiepolitik nicht kritisiert. Im Gegenteil, in der Fraktionserklärung von SP-Stadtrat Andreas Hofmann wurde schon damals angeregt, Biogas anzubieten. Die SP-Fraktion begrüsst die innovative Haltung der GWB und hat jedes Interesse, dass unsere städtische GWB Nischenprodukte anbietet, neue Kundinnen und Kunden gewinnen kann und damit auch Arbeitsplätze sichert. In absehbarer Zeit wird nämlich die GWB ihre Werkleitungen mehreren Anbietern zur Verfügung stellen müssen, es kann nur von Vorteil sein, auch Biogas anbieten zu können. Das Gaswerk der Stadt Bern ist bekanntlich ein Gas-Verkäufer. Heute geht es um eine Investition von Fr. 770 000.00 zulasten der Investitionsrechnung der GWB. Das Gas liefert die GWB an Kundinnen und Kunden. Es ist dieses Mal nicht nur eine Gasleitung, sondern eben eine Gastankstelle, worüber wir heute befinden müssen. Eine Gastankstelle, welche im Jahr 2000 auch Biogas anbieten könnte. Die bestehende Gastankstelle auf dem GWB-Areal im Sandrain ist überlastet und für private Kunden, vor allem für Kundinnen, an diesem verlassenen Standort nicht ideal. Die Nachfrage nach Erdgas von Privaten und von Unternehmungen mit einem Fahrzeugpark ist in der letzten Zeit massiv gestiegen. So ist bekannt, dass sich die Post und die Migros für gasbetriebene Fahrzeuge interessieren und eine Gastankstelle benötigen. Dafür genügt die heutige Anlage wirklich nicht. Als Massnahme 16 ist die Erstellung von eigenen Erdgastankstellen im Massnahmenpapier des Gemeinderats zur Energiepolitik vom Januar 1998 vorgesehen. Zum Rückweisungsantrag der GFL/EVP-Fraktion: Die SP-Fraktion lehnt diesen Rückweisungsantrag ab. Die Gastechologie hat eine bessere Ökobilanz gegenüber dieselbetriebenen Motoren, vor allem mit der Option Biogas. Wenn der SVB-Verwaltungsrat sich für Dieselbusse mit Partikelfilter entschieden hat, ist dies für uns kein Grund, jetzt die gesamte städtische Fahrzeugflotte in Zukunft auf eine Technologie zu setzen. Die erhöhten Kosten für gasbetriebene Nutzfahrzeuge sind klar sinkend. Die Gastechologie ist nicht neu, sondern im Ausland, vor allem in Italien, längstens erprobt. Dass das Strasseninspektorat vier erdgasbetriebene Kehrlichfahrzeuge nach der Realisierung dieser Betankungsanlage in Betrieb nehmen möchte, steht im Vortrag und ist für uns kein Grund für eine Rückweisung. Was nach zehn Jahren mit dieser Betankungsanlage passiert, wird kein Problem sein. Die Gasbetankungsanlage gehört der GWB und könnte auch an einen neuen Standort verlegt wer-

den. In solchen Geschäften ist es üblich, mit 10-jährigen Verträgen zu arbeiten, auch im Interesse der GWB. Wir wollen vor allem, dass die GWB jetzt etwas realisieren kann, zum Zeitpunkt in dem das Bedürfnis besteht. Wir müssen heute ein wichtiges Zeichen für die GWB als Unternehmen setzen. Für die Liberalisierung des Gasmarktes braucht die GWB eine gute Ausgangslage und mit der Annahme dieser Vorlage und der Ablehnung des Rückweisungsantrags helfen wir, eine bessere Ausgangslage zu schaffen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Christoph Stalder* (FDP): Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Rückweisungsantrag der GFL/EVP-Fraktion an. Wenn dieser Antrag nicht gestellt worden wäre, dann hätten wir uns gleich verhalten wie die SVP, wir hätten das Geschäft abgelehnt. Zudem haben wir gehofft, der Gemeinderat werde das Geschäft zurückziehen. Der Vortrag des Gemeinderats stammt vom 2. Juni dieses Jahres, ich darf sagen, damals war die Situation anders als sie sich heute präsentiert. Die SVB haben Gasbusse neben Dieselnissen evaluiert, haben sich stark gemacht, dass der Kanton klar Stellung zu den Vor- und Nachteilen der beiden Antriebsarten nimmt. Wir haben uns mit dem Kanton zusammengesetzt, haben Verhandlungen geführt und darauf gedrückt, dass wir ein klares Bild erhalten. Die Voraussetzungen sind gegeben, dass auch der Rat hier umfassend informiert wird. Zu dieser umfassenden Information gehört, was in anderen Orten passiert. Mehrfach wurde vorhin das Stichwort Migros erwähnt. Wie wir vom Kanton vernommen haben, hat die Migros es abgelehnt, weitere Gasfahrzeuge zu beschaffen. Andere Städte im Ausland, welche grosse Gasbusflotten haben, kommen ebenfalls davon ab. Die Gastechnologie wird vielerorts als Übergangstechnologie betrachtet, auch wenn sie umweltfreundlich ist. Deshalb haben sich die SVB, auf Diktat des Kantons, für Dieselantrieb mit CRT-Filter entschieden, wobei dort gegenüber der herkömmlichen Dieseltechnologie auch ein gewaltiger Fortschritt erzielt wurde. Die Fragen, welche Eva von Ballmoos gestellt hat, sind berechtigt und müssen abgeklärt und dargelegt werden. Auch das Thema Biogas muss noch besser im Vergleich von Vor- und Nachteilen dargelegt werden. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Rückweisungsantrag. Die Wasserleitung, welche mit diesem Projekt verbunden ist, hätte im Zuge der Arbeit gemacht werden können, es entsteht kein wachsender Schaden.

Einzelvoten

Der Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm* weist vor allem darauf hin, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Erdgastankstelle der GWB handelt. Wir wollen nicht nur für die Fahrzeuge der Stadt Bern diese Tankstelle errichten, wir wollen auch Privaten die Möglichkeit geben, bei uns Gas zu beziehen. Ich sage vor allem denjenigen, welche sich sonst sehr für Marktwirtschaft einsetzen, wir sollten auch einem städtischen Unternehmen die Möglichkeit geben, Nischenpolitik zu betreiben und rechtzeitig für Zusatzkunden werben. Die GWB hat bereits Anfragen von Privaten betreffend Betankung von Nutzfahrzeugen. Nach meinen neuesten Informationen wird die Migros Schönbühl im Jahr 2000 zehn erdgasbetriebene Nutzfahrzeuge beschaffen, sie werden dafür eine eigene Tankstelle errichten. Dies nur zur Information, dass die Erdgasfahrzeuge sicher aus der Experimentierphase sind. Alleine in Deutschland fahren in zwölf Städten Erdgasbusse und wir wissen, dass in anderen Europäischen Ländern Erdgasfahrzeuge zunehmend aufkommen. Natürlich hoffen wir, dass es eines Tages eine noch bessere und umweltfreundlichere Technologie geben wird. Meines Wissens ist das Amt für Umweltschutz, das Bundesamt für Umweltschutz (Buwal) und ganz besonders die eidgenössische Materialprüfungs- und Versuchsanstalt (EMPA) zum eindeutigen Schluss gekommen, dass Erdgasfahrzeuge vom Umweltschutz und der Luftreinhalteverordnung her besser sind, als Dieselfahrzeuge mit neuen Filtern. Wenn Frau von Ballmoos behauptet, dass wir uns auf Stumpengeleisen bewegen, wäre es von Vorteil, wenn sie sich umfassend orientiert. EMPA Dübendorf kommt in ihren Schlussfolgerungen zu den Ausführungen, dass Erdgasfahrzeuge im Vergleich mit dem Benzin mit Abstand das niedrigste Ozonbildungspotenzial aufweisen. Im Abgas der Erdgasfahrzeuge können praktisch keine kanzerogenen Komponenten gemessen werden und es hat bedeutend weniger Feinpartikel. Damit will ich zum Ausdruck bringen, dass gerade in Ballungszentren wie in der Stadt Bern, wo wir zu gewissen Zeiten eine hohe Ozonbildung haben, alles daran gesetzt werden muss, die Schadstoffe zu reduzieren, vor allem auch den Lärm. Wir haben in den gemeinderätli-

chen Legislatur-Richtlinien, welche wir 1997 dem Stadtrat unterbreitet haben, festgehalten, dass wir die Richtung für Erdgasfahrzeuge einschlagen werden. Bei Fahrzeugen, welche täglich die Innenstadt befahren, wäre es wirklich sinnvoll und zweckmässig, die Erdgasantriebstechnologie zu wählen.

Betreffend Kosten haben wir eine Differenz zwischen Diesel- und Erdgasfahrzeugen von rund 10 %. Der Kanton hat wegen der Kosten den SVB-Erdgasfahrzeugen nicht zugestimmt und hat uns die Auflage gemacht, Dieselfahrzeuge mit modernstem Filter zu beschaffen. Ich darf noch darauf hinweisen, dass die GWB bereits über acht Erdgasfahrzeuge ohne jegliche Probleme verfügt, dies zeigt auf, dass die Erdgasfahrzeuge nicht mehr in der Versuchsphase sind sondern sich bewährt haben. Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag im Interesse der Luftqualität und der Lärmverminderung abzulehnen.

Ueli Stüchelberger (GFL): Es geht hier nicht um die Ökobilanz eines einzigen Fahrzeugs, wir müssen eine Gesamtbetrachtung machen und schauen, wie wir diesen Betrag am besten einsetzen können, damit die Luftqualität verbessert wird. Es handelt sich um eine Kosten-Nutzenabwägung. Wir sind klar der Meinung, wenn es um Ausgaben geht, müssen wir einen strengen Massstab anwenden, es dürfen keine offene Fragen bleiben. Bei dieser Vorlage hat es offene Fragen. Wir sind nicht gegen die Gasfahrzeuge, aber die gestellten Fragen, wie sie im Rückweisungsantrag aufgeführt sind, müssen zuerst seriös abgeklärt werden. Falls dem Rückweisungsantrag nicht zugestimmt wird, werden wir uns der Stimme enthalten oder die Vorlage ablehnen.

Beschluss

Dem Rückweisungsantrag wird mit 41 Ja, 24 Nein bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

24 Sicherheitsbedingte Erneuerung und Ausbau des allgemeinen Verteilnetzes der Gasversorgung; 19. Rahmenkredit

Antrag Nr. 173

1. Für die sicherheitsbedingte Erneuerung und den Ausbau des allgemeinen Verteilnetzes der Gasversorgung wird ein Rahmenkredit von Fr. 4 500 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Gasversorgung) bewilligt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 84 des Reglements über die politischen Rechte (RPR).
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Für die FIKO spricht *Stephan Hügli (FDP)*: Es geht darum, dass das Gaswerk aus diesem Rahmenkredit schöpfen und in adäquater Art und Weise die Mittel brauchen kann, um in Koordination mit Privaten unser Gasverteilstück zu erneuern. Wir sind das finanzkompetente Organ und der Gemeinderat wird dann im Einzelfall über die Einzelvorlagen, welche vom Gaswerk unterbreitet werden, beschliessen. Der 18. Rahmenkredit ist aufgebraucht. Die FIKO empfiehlt einstimmig, diesem Kredit zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Hans-Ulrich Suter (FDP) spricht für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion stimmt dem beantragten Rahmenkredit von Fr. 4 500 000.00 einstimmig zu. Mit der sicherheitsbedingten Erneuerung ist indirekt aber auch unsere Motion vom 14. Januar 1999 betreffend Gewährleistung der Sicherheit der städtischen Gasversorgung angesprochen. Wir bitten den Gemeinderat um eine kurze Orientierung über den Stand der Bearbeitung dieser Motion.

Der Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm*: Der Vorstoss der Fraktion FDP wurde im Gemeinderat behandelt, ist verabschiedet und wird voraussichtlich für eine Stadtratssitzung im November traktandiert.

Beschluss

Dem Rahmenkredit wird mit 59 Ja, 0 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 84 des Reglements über die politischen Rechte (RPR).

25 Kornhaus: Betrieb Stadtsaal; Nachkredit für Miete und Nebenkosten

Antrag Nr. 87

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage betreffend Kornhaus: Betrieb Stadtsaal; Nachkredit für Miete- und Nebenkosten und bewilligt einen Kredit von Fr. 491 200.00 (für 14 Monate) z.L. der Laufenden Rechnung 1999, Konto 622.4.3650.12, Betriebsbeitrag Verein Stadtsaal.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die FIKO spricht *Katharina Suter-Friedli* (FDP): Es liegt ein unerfreuliches Nachkreditbegehren für Miete und Nebenkosten des Stadtsaals im Kornhaus vor. Das Geschäft war bereits am 21. Juni 1999 zum ersten Mal auf der Traktandenliste der FIKO, musste aber aus Zeitgründen verschoben werden. Wegen Abwesenheit des Stadtbaumeisters konnte das Geschäft erst am 20. September in der FIKO behandelt werden. Was ist passiert, dass ein Nachkreditbegehren an den Stadtrat gestellt werden muss? Im Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat vom 24. Januar 1996 wurden die vollständigen Aufwände und Erträge aufgeführt. In der Botschaft des Stadtrats an die Gemeinde hingegen wurden aus Gründen der Verständlichkeit die stadtinternen Verrechnungen nicht in Franken aufgeführt, im Text ist einzig darauf hingewiesen worden, dass nur die tatsächlichen Kosten und Erträge, nicht aber die stadtinternen Verrechnungen von Miet- und Nebenkosten für den Stadtsaal aufgeführt wurden, was laut Auskunft des Stadtbaumeisters auch üblich ist. Dieser Unterschied in den beiden Dokumenten hat bei der Budgetierung der Verwaltungsrechnung zu einem fatalen Fehler geführt. Die Ertragsseite wurde gemäss Stadtratsvorlage budgetiert, die Aufwandseite wurde auf die Gemeindebotschaft abgestützt und die Miete und Nebenkosten für den Stadtsaal wurden nicht voranschlagt. Dieser administrative Fehler hat dazu geführt, dass das Budget um die Summe dieser fehlenden Miet- und Nebenkosten-Einnahmen zu gut dargestellt ist und dass daraus eine entsprechende Korrektur notwendig wird. Die notwendige Korrektur führt nicht dazu, dass die Jahresrechnung der Stadt höher belastet wird, als in der Gemeindeabstimmung zum Kornhaus beschlossen wurde. Es muss nicht mehr bezahlt werden, als seinerzeit bewilligt wurde, dies ist ein ganz wichtiger Aspekt. Der Fehler bei der Budgetierung ist sicher teilweise auf den Umstand zurückzuführen, dass eine der vier hauptsächlich am Kornhausprojekt beteiligten Personen der Liegenschaftsverwaltung in der Zwischenzeit die Stadtverwaltung verlassen hat. Eine korrekte Übergabe des Dossiers an die Nachfolgerin hat nicht stattgefunden. Weil zwei verschiedene Personen für die Budgetierung des Aufwands und des Ertrags zuständig gewesen sind, ist es zu diesem rein administrativen Fehler gekommen. Die nachträgliche Bewilligung der notwendigen Mittel liegt gemäss der Gemeindeordnung in der Zuständigkeit des Stadtrats. Das Nachkreditbegehren für Miete und Nebenkosten für den Kornhaus-Stadtsaal vom November 1998 bis Dezember 1999 wird dem Stadtrat von der FIKO einstimmig und ohne Enthaltung zur Annahme empfohlen. Um Klarheit zu schaffen, beantragt die FIKO, den Vortrag auf Seite 3, 7. Absatz Mitte, wie folgt zu ergänzen:

Diese Korrektur führt nicht dazu, dass die Jahresrechnung der Stadt höher belastet wird, als in der Gemeindeabstimmung *zum Kornhaus* beschlossen.

Zu beanstanden bleibt, dass die Budgetierung nicht seriös vorgenommen, der Fehler zu lange nicht aufgedeckt wurde und die internen Verhandlungen zwischen Liegenschaftsverwaltung, Hochbauamt und Finanzdirektion viel zu lange gedauert haben. Diese Fehler sind nicht rückgängig zu machen, dürfen sich aber in Zukunft nicht wiederholen.

Im Budget 2000 sind sowohl der Aufwand als auch der Ertrag für den Stadtsaal enthalten.

Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Der gemachte Fehler bestätigt allerdings, dass die Botschaft an die Gemeinde ohne die Aufstellung der internen Verrechnungen, wie schon mehrmals von der FDP im Stadtrat kritisiert und beanstandet wurde, nicht volle Transparenz aufweist und sogar verwaltungsintern Verwirrung auslösen kann.

Beschlüsse

1. Dem Antrag der FIKO, den Vortrag auf Seite 3 zu ergänzen wird mit 50 Ja, 3 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
2. Dem Nachtragskredit von Fr. 491 200.00 wird mit 50 Ja, 7 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*